

Green News

Das Online-Magazin der Gewerkschaft der Polizei in Bayern



Ausgabe 15/2015

11. November 2015

Empfang für die Mitglieder des AK Innen der CSU Landtagsfraktion

Der GdP-Landesvorsitzende Peter Schall lud die Innenpolitiker der CSU-Landtagsfraktion, anlässlich der Neuwahlen unserer Vorstandschaft, zu einer Vorstellungsrunde bei einem kleinen



Vorne v.l.: P. Tomaschko, Dr. F. Herrmann, K. Peintinger, P. Schall, T. Bentele; **Mitte v.l.:** H. Frey, L. von Lerchenfeld, H. Kern; **Hinten v.l.:** O. Lederer, Dr. A. Vollmer, G. Bernhard

Weißwurstfrühstück ein. Wir freuten uns den Vorsitzenden des Innenausschusses Dr. Florian Herrmann sowie die weiteren Ausschussmitglieder Otto Lederer, Ludwig von und zu Lerchenfeld und Peter Tomaschko in der Landesgeschäftsstelle begrüßen zu dürfen. Vonseiten der GdP nahmen neben dem Landesvorsitzenden Peter Schall, Thomas Bentele, Karin Peintinger und Dr. Andreas Vollmer (alle stv. Landesvorsitzende), Helmut Frey (Mitglied im geschäftsführenden Landesvorstand), Herbert Kern (BG-Vorsitzender Mittelfranken) und Gerwin Bernhard (stv. BG-Vorsitzender Schwaben Süd/West), für die Landesgeschäftsstelle Organisationssekretär Alexander Baschek teil. Das Hauptthema des Treffens war die Situation der Bayerischen Polizeibeschäftigten hinsichtlich des Flüchtlingszustroms, v. a.

in den Präsidien Oberbayern Süd und Niederbayern, aber auch in allen anderen hoch belasteten Bereichen, wie z. B. der Bereitschaftspolizei. Es kristallisierte sich heraus, dass es keine weiteren Brennpunkte oder Lageverschärfung mehr geben darf. Weiterhin wurden die Themen „Akzeptanz in der Bevölkerung“ aber auch „Akzeptanz innerhalb der Polizei“ erörtert. Auch diskutierten wir die „Integration der Flüchtlinge“ aus polizeilicher Sicht. Als Lösungsmöglichkeiten brachten wir, bis zum Erreichen einer ausreichenden Personaldecke, die Entlastung von sachfremden Aufgaben (z. B. Schwertransportbegleitung) bzw. Verlagerung von Aufgaben auf andere Behörden (z. B. Vorfürhdienste) ins Spiel.



Innenausschussvorsitzender Dr. Florian Herrmann mit LV Peter Schall und seinem Stellvertreter Thomas Bentele

In einigen Bereichen wird die Polizei vonseiten der zuständigen Ämter nicht ausreichend informiert. So werden z. B. Erkenntnisse über neu entstehende Flüchtlingsunterkünfte nicht rechtzeitig weitergegeben. Andere wichtige Informationen, z.B. über Ansteckungsgefahr, unterbleiben unter Hinweisen auf den Da-



Vertrauliche Gespräche im gemütlichem Ambiente der GdP-Landesgeschäftsstelle

tenschutz. Hier besteht noch dringender Handlungsbedarf. Einigkeit bestand darüber, dass Kommunikation und Information die zentralen Elemente für eine professionelle Bewältigung der Lage sind. Neben diesem wichtigen und auch existenziellen Thema dürfen aber auch weitere Themen nicht aus dem Auge verloren werden. So diskutierten wir über Verbesserungen beim DUZ u. a. auch anlässlich der geplanten Anhebung bei der Bundespolizei auf

Empfang für die Mitglieder des AK Innen der CSU Landtagsfraktion

4,90 EUR (alte GdP-Forderung 5 EUR hiermit fast erfüllt), aber auch die Gewährung von DUZ für Observanten des Bayerischen Landesamtes für Verfassungsschutz (LfV). Diese ist wegen einer längst veralteten konkurrierenden Regelung aus der Bundesgesetzgebung nicht möglich, wenn die Sicherheitszulage gewährt wird. Ebenso müssten die Zulagen von Observationskräften der KPlen (Z) und der MEKs an die SEK-Zulage angeglichen werden. Im Bereich der Wirtschaftskriminalisten besteht noch Nachbesserungsbedarf bei den Stellenbewertungen. Hier erläuterten wir die speziellen Unterschiede zu anderen fachspezifischen Bereichen. Zuletzt wiesen wir noch auf den Sachhaushalt hin. Neben zusätzlichem Personal darf man z. B. auch zusätzliche

Fahrzeuge nicht außer Acht lassen. Der bestehende Schlüssel stammt noch aus einer Zeit vor der Polizeireform und wäre u. a. auch hinsichtlich neuer Aufgaben (z. B. vermehrte Abschiebungen) an die aktuelle Lage anzupassen. Auch beim Bauhaushalt könnte einiges verbessert werden, so gibt es etliche Polizeigebäude mit Renovierungstau und ohne Aussicht auf eine baldige Änderung der Situation. Hier sind es nicht immer nur finanzielle, sondern manchmal auch organisatorische Ursachen, die einer Problemlösung im Wege stehen.

Wir bedanken uns bei den Abgeordneten ausdrücklich für das gute Gespräch und freuen uns auch weiterhin auf eine konstruktive Zusammenarbeit. (TBe)

BGH zum Thema Widerstand: Vorsatz muss nachgewiesen werden

Juristisch korrekt, aber im Hinblick auf steigende Gewaltbereitschaft und fehlenden Respekt gegenüber der Polizei von uns abzulehnen, hat der BGH in zwei Urteilen entschieden, dass Widerstand gegen eine Amtshandlung auch den nachweislichen Vorsatz im Hinblick auf den Angriff des Polizeibeamten erfordert. Deshalb wurde die Widerstandshandlung in beiden Urteilen verneint. So ging es im Urteil v. 15.01.15 um einen flüchtenden Straftäter, der mit seinem Fluchtfahrzeug von Polizeifahrzeugen umstellt war. Als ein Beamter auf das Fahrzeug zulief, setzte der Täter zurück und fuhr den Beamten dabei an, der eine schwere Knieverletzung erlitt. Der Täter behauptete, er habe den Beamten nicht gesehen. Mit dem Aktenzeichen 2 StR 204/14 nahm der BGH auch Bezug auf ein Urteil v. 19.12.2012. Damals hatte der BGH einen Fall vorliegen, bei dem ein notorischer Tankstel-

lenbetrüger mit entwendetem Fahrzeug vor der Polizei flüchtete. Er versuchte, mit hoher Geschwindigkeit eine Polizeisperre zu umfahren, kam dabei ins Schleudern, prallte in den querstehenden Streifenwagen und verletzte einen darin sitzenden Kollegen schwer. Der BGH verneinte unter Az. 4 StR497/12 den Vorsatz. Zwar verblieb in beiden Fällen die Strafbarkeit wegen fahrlässiger Körperverletzung (in Tatmehrheit zu den sonst vorliegenden Straftaten), doch eine Verurteilung wegen Widerstands erfordere eine gezielte aktive Tätigkeit gegen den Vollstreckungsbeamten – diese lag jeweils nach Ansicht des BGH aber nicht vor. Die unteren Instanzen hatten aus unserer Sicht nachvollziehbar zumindest den bedingten Tatvorsatz begründet.

Damit setzt der BGH bedauerlicherweise seine täterfreundliche Rechtsprechung fort. (PSch)

LV Peter Schall startet mit Antrittsbesuch beim PP Niederbayern

Der Landesvorsitzende der GdP Bayern Peter Schall besuchte als erstes in der Reihe der Antrittsbesuche das Polizeipräsidium Niederbayern. Die Einladung des Bezirksgruppenvorsitzenden Andreas Holzhausen nahm er wegen der enormen Belastung des Verbands Niederbayern mit der Flüchtlingswelle gerne an. Um Informationen aus erster Hand zu erhalten, traf man sich in netter Atmosphäre bei Herrn Polizeipräsidenten Josef Rückl. Die Runde wurde ergänzt durch Herrn PVP Anton Scherl, Herrn RD Harald Doblinger und Herrn EPHK Robert Feuerer. Neben den aktuellen Themen wurden die Personalzuteilungen auch im Hinblick auf die Demografie des Verbands, die Vorteile eines Ausbildungsstandorts für Niederbayern sowie die Arbeitszeitproblematik diskutiert.

Daneben ging es auch um Bauvorschriften für Polizeigebäude sowie eine bessere Ausstattung der Polizei mit Polizeiarzten sowohl für Untersuchungsaufträge als auch für die gesetzlich vorgeschriebenen Vorsorgeuntersuchungen der Beschäftigten. Auch das Projektbüro „Neue Dienstkleidung der Bayerischen



V. l.: Andreas Holzhausen, RD Harald Doblinger, PP Josef Rückl, LV Peter Schall, PVP Anton Scherl

Polizei“ wurde besucht und Schall tauschte sich mit den dortigen Mitarbeitern aus. Am Ende war man sich einig, dass es ein gelungenes Treffen war. Weitere Gespräche werden sicher in naher Zukunft erfolgen.

GdP zu Flüchtlingskompromiss - Radek: „Wie sollen denn die vielen Abschiebungen mit so wenig Personal funktionieren?“

Die Gewerkschaft der Polizei (GdP) warnt vor allzu hohen Erwartungen an den Koalitionskompromiss zur Flüchtlingssituation. „Der direkte Druck auf die deutsch-österreichische Grenze wird zwar leicht abgemildert, die hohen Belastungen jedoch bleiben und werden letztlich nunmehr auch auf Gebiete im Inland verteilt,“ sagte der stellvertretende GdP-Bundesvorsitzende Jörg Radek am Freitag in Düsseldorf.

Auf der anderen Seite seien wichtige Fragen, die die GdP seit Wochen stellt, bislang unbeantwortet geblieben, betonte Radek. Völlig unklar sei beispielsweise, wie die hohe Zahl abgelehnter Asylbewerber zurückgeführt werden sollen. Rund 190.000 Menschen hätten bereits jetzt nach der Beendigung ihrer Asylverfah-

ren Deutschland verlassen müssen.

Das Personal dazu, egal ob von Bundes- oder Landespolizeien, so der GdP-Vize, sei jedenfalls nicht verfügbar. „Schon jetzt ist die Belastungsgrenze vieler Kolleginnen und Kollegen überschritten.“ Die Überwachung der Residenzpflicht für Menschen in den sogenannten Registrierungszentren werde die Aufgabenfülle für die polizeilichen Einsatzkräfte noch erhöhen.

Zudem habe das Problem, unerlaubte Einreisen zu unterbinden, bei den Beratungen der Koalitionsspitzen offenbar keine Rolle gespielt. Radek: „Letztlich wird diese politische Einigung zu keiner Entspannung der hohen Einsatzbelastung der Polizei in Bund und Ländern führen.“

Jahreshauptversammlung der Kreisgruppe Straubing

Gut 40 Kolleginnen und Kollegen konnte der Vorsitzende Gerhard Doppelhammer zur diesjährigen Jahreshauptversammlung der Kreisgruppe Straubing begrüßen. Er sprach über die Ereignisse des vergangenen Jahres und freute sich über die steigende Mitgliederzahl. Seitens der Stadt Straubing nahm der 3. Bürgermeister Herr Hans Lohmeier teil. Außerdem war als Gast der Bezirksgruppenvorsitzende der GdP Niederbayern, Herr Andreas Holzhausen, eingeladen.

Dieser berichtete in seinem Referat über die aktuelle Situation der Arbeitszeitmodelle und sprach von der Überlastung der Einsatzkräfte bei der „Zeitlage“ G 7 und der akuten Lage mit den Flüchtlingen. Er wiederholte den Beschluss des GdP Landesdelegiertentages, dass die GdP eine geplante Abschaffung des Früh- und Nachtdienstes an einem Tag gerichtlich überprüfen lassen würde. Weiterhin führte er aus, dass es in Niederbayern zu wenig Personal gibt. Wenn zum 01.03.2016 keine Sonderzu-

teilungen für den Verband Niederbayern geben wird, würde es problematisch werden. Ebenso kritisierte er die vom Ministerium propagierten „Entwicklungsmöglichkeiten“ für Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, da es nur 41 Hebungen in 2 Jahren für fast 7000 Beschäftigte in Bayern geben würde. Ein Schlag ins Gesicht für diese Berufsgruppe.

Auch sprach er die PHM/Z Problematik an. Sämtliche Verbesserungsvorschläge der GdP Bayern wurden von anderen Seiten blockiert. Die GdP Bayern wird hier noch einen Vorstoß versuchen. Auch ein Ausbildungsstandort für Niederbayern, der eine klare Forderung der GdP Niederbayern ist, war ein Thema. Aus diesem Grund fanden zahlreiche Treffen mit allen niederbayerischen MdL's statt, die ihre Unterstützung zusagten.

Im Anschluss an das Referat führte der Kreisgruppenvorsitzende Doppelhammer Ehrungen von 10 bis 50 Jahre Mitgliedschaft durch, worüber sich die Geehrten sehr freuten.



GdP Mittelfranken spricht mit politischen Vertretern

Die innere Sicherheit im Landkreis Weißenburg-Gunzenhausen und die personelle Situation der Polizeibeschäftigten bei den Polizeiinspektionen Weißenburg, Gunzenhausen und Treuchtlingen standen im Mittelpunkt eines Gespräches zwischen Vertretern der Gewerkschaft der Polizei, MdL Manuel Westphal sowie dem stellv. Landrat Robert Westphal im Landratsamt Weißenburg.

Robert Westphal erklärte zunächst, dass die Zusammenarbeit zwischen dem Landratsamt als Sicherheitsbehörde und den drei Polizeidienststellen unproblematisch und reibungslos läuft. Auch die Bürger des Landkreises würden davon profitieren, wenn sowohl die Beamten der Verwaltung als auch die für den Vollzug der Gesetze zuständigen Polizeibeamten offen, vertrauensvoll und immer das Gemeinwohl im Auge zusammen arbeiten.

Werner Auernheimer, Kreisvorsitzender der GdP im Landkreis Weißenburg-Gunzenhausen bestätigte diese Einschätzung genauso wie MdL Manuel Westphal. Allerdings machte Werner Auernheimer darauf aufmerksam, dass die Personalsituation in den drei Polizeidienststellen große Herausforderungen mit sich bringt.

Auch der stellvertretende Bezirksvorsitzende der GdP Helmut Frey sprach die Personalsituation an und bestärkte sein Anliegen, dass sich auf landespolitischer Ebene für mehr Personal eingesetzt wird. Der Bezirksvorsitzende Herbert Kern wies darauf hin, dass, um ein Streifenfahrzeug an 365 Tagen an 24 Stunden im Landkreis streifen zu lassen, zwölf Beamte benötigt werden. Eine besondere Herausforderung ergibt sich naturgemäß dann, wenn Beamte krankheitsbedingt länger ausfallen und die Stelle



V.l.: R. Werstphal, H. Kern, W. Auernheimer, H. Frey und MdL M. Westphal

nicht nachbesetzt werden kann.

Beide „Westphals“ erklärten ihr Verständnis für die Situation der Beamten. MdL Manuel Westphal versprach, dass er die Situation auch gegenüber dem Staatsminister des Innern Joachim Herrmann darstellen werde.

Neuer Vorsitzender des Bundestagsinnenausschusses will Gewalt gegen Polizei im Fokus der Politik halten

Die angesichts der Flüchtlingssituation hohe Belastung und der eklatante Personalmangel der Polizei dominierten den ersten Meinungsaustausch zwischen dem neuen Vorsitzenden des Bundestagsinnenausschusses, Ansgar Heveling, und dem stellvertretenden Bundesvorsitzenden der Gewerkschaft der Polizei (GdP) Jörg Radek in Berlin. Es gebe zurzeit kein Allheilmittel, sagte CDU-Politiker Heveling, der im September die Nachfolge seines Parteifreundes und langjährigen Amtsvorgängers Wolfgang Bosbach antrat. Dringlich seien koordinierte und abgestimmte Maßnahmen auf europäischer Ebene.



Heveling und Radek stimmten überein, dass die Personaldecke bei der Polizei deutlich zu kurz sei. Die Bundespolitik könne aber vor dem Hintergrund der Föderalismusreform in Sachen mehr Personal allenfalls eine Vorbildfunktion einnehmen, betonte der Unions-Innenexperte. GdP-Vize Radek bekräftigte die Kritik seiner Organisation, dass der Föderalismus einen Keil in die für die Polizei notwendige Besoldungsgleichheit treibe.

In dem etwa einstündigen Gespräch sagte Heveling zu, die zunehmende Gewalt gegen Polizistinnen und Polizisten nicht aus

den Augen zu verlieren. Er stelle eine zunehmende Entgrenzung fest, da sei einfach mehr Aggressivität. Maßnahmen zur Eindämmung dieser fatalen Entwicklung müssten im Fokus der Politik bleiben. Es sei wichtig, trotz der momentan alles überragenden

Flüchtlingsproblematik nicht andere Themen zu vergessen, so der 43-jährige Nordrhein-Westfale, der seit 2009 als Abgeordneter dem Deutschen Bundestag angehört.

Erörtert wurden zudem Instrumente zur Vorbeugung von Wohnungseinbruchdiebstählen. Radek appellierte an den Innenausschussvorsitzenden, sich dafür einzusetzen, den Bürgern

Sicherungsmaßnahmen ihrer Wohnungen und Häuser spürbar zu erleichtern. Viele Einbruchversuche würden durch entsprechende technische Schutzvorrichtungen ins Leere laufen. Diese kosteten aber Geld. Denkbar seien dabei zinslose Kredite der staatlichen KfW-Bank, die steuerliche Absetzbarkeit von entsprechenden Bau-Materialien wie Fenster, Schlösser und Beschläge und die Verbesserung des Einbruchschutzes schon bei der Planung von Bauten. Radek und Heveling vereinbarten, den Gesprächsfaden nicht abreißen lassen.

CHOR DER POLIZEI MÜNCHEN

GUTER TON VERBINDET

Sonntag, 29.11.2015, 17.00 Uhr
St. Martin – Moosach

Freitag, 11.12.2015, 19.30 Uhr
St. Michael – Fußgängerzone

Sonntag, 13.12.2015, 16.00 Uhr
"Alter Peter" – Marienplatz

Mitwirkende:

Chor der Polizei München; Leitung: Stefan Grünfelder
Blechbläserquintett des Bundespolizeiorchesters München
am 29.11.2015

Leitung: Markus Motschenbacher

Bläserensemble des Polizeiorchesters Bayern
am 11. und 13.12.2015

Leitung: Wolfgang Koch

Sprecher: Walter Hunger

Gesamtleitung: Stefan Grünfelder



Eintrittskarten:

St. Martin: € 10,- ; **St. Michael:** € 10,- (Freie Platzwahl)

Alter Peter, 16 Uhr: € 18,- (Kategorie I - Reihen 1-23), € 15,- (Kategorie II - ab Reihe 24)

Ermäßigungen: Schüler und Studenten mit Ausweis: € 7,- auf allen Plätzen

Kinder bis 13 Jahre und Rollstuhlfahrer frei

Kartenvorverkauf ab Dienstag, 20. Oktober 2015 an unseren Vorverkaufsstellen:

TRIO Optik, Sendlinger-Tor-Platz 7, Eingang Nußbaumstraße, 80336 München, Telefon: 089/54506913

Öffnungszeiten: Mo.-Fr. 08.30 Uhr – 18.15 Uhr, Sa. 09.30 Uhr – 13.00 Uhr

Polizeipräsidium München – Pressestelle, Ettstraße 2-4, 80333 München, Eingang Augustinerstraße

Öffnungszeiten: Mo.-Do. 13.00 Uhr – 15.00 Uhr, Telefon: 089/29 10 – 2433

Online über die Bestellseite auf www.polizeichor.de

Telefonisch über die Bestell-Hotline 089/29 10 – 2012 (zeitweise Anrufbeantworter)

Einlass an allen Abendkassen: 30 Minuten vor Beginn des Konzertes



KONZERTE ADVENT 2015

FUJITSU-PRODUKTE FÜR GdP-MITGLIEDER MIT **WEIHNACHTS- RABATTEN**



GdP Service GmbH

LIFEBOOK A514
Multimedia-Notebook

~~459,00€~~
399,00€*



ESPRIMO Q520 (Edition 1)
Mini-PC

~~449,00€~~
399,00€*



Display L27T-1 LED
Bildschirm

~~259,90€~~
225,90€*



Wireless Keyboard Set LX390
Tastatur inklusive Maus

~~22,90€~~
16,90€*



Ausführliche Produktinformationen und Bestellungen unter
<http://shop.fujitsu.com/gdp>. Einfach mit Deiner Mitglieds-
nummer anmelden, in Ruhe auswählen und online bestellen!
Oder Code scannen und anmelden ...

*Alle Preise beinhalten die gesetzl. MwSt.; ab 100,-€ Warenwert versandkostenfrei. Irrtümer und Druckfehler vorbehalten. Angebot gilt, solange Vorrat reicht.